

## Weiter Streit um Bahnumgehung

### RATSBESCHLUSS Kritik von IHK und SPD

/RIT - Der Briefkopf dürfte Seltenheitswert haben: In einer gemeinsamen Erklärung haben die Ratsfraktionen der Grünen, der CDU, der Freien Wähler, der Linken und Piraten die Kritik mehrerer Landkreise an der Oldenburger Bahnresolution (**NWZ** berichtete) zurückgewiesen. Auch die Region würde von einer Umgehungstrasse profitieren, so die Fraktionschefs.

Güterverkehr gehöre auf die Schiene, nicht auf die Straße. Eine Hochleistungsstrecke, auf der täglich bis zu 300 Güterzüge fahren könnten, sei aber nur mit einer Umgehung von Oldenburg möglich. Außerdem verursache der Bau einer Umgehung keinerlei Behinderungen (z.B. Schienenersatzverkehr). Darüber hinaus werde der Bau von teuren Über- und Unterführungen in Ofenerdiek, Alexanderstraße und Stedinger Straße überflüssig.

Die Industrie- und Handelskammer kritisiert hingegen den Ratsbeschluss. Damit würden unrealistische Hoffnungen geweckt und die notwendige Elektrifizierung der Bestandsstrecke nur verzögert. Gleichwohl hält auch die IHK eine Umgehungstrasse mittelfristig für erstrebenswert. Mit Neuaufstellung des Bundesverkehrswegeplans mit einem Zeithorizont bis 2030 solle auch die Realisierung einer Umgehungstrasse geprüft werden.

SPD-Landesvize Olaf Lies (Sande) nannte die Hoffnung auf eine Umfahrung „weltfremd“. „Wenn es in Sande 20 Jahre dauert, wird eine Realisierung in Oldenburg aufgrund der Kosten und Planungen mindestens 30 Jahre dauern.“ Ministerpräsident David McAllister (CDU) müsse klarstellen, dass eine Umgehung in kurzer Zeit nicht zu realisieren ist.

Der Fahrgastverband „Pro Bahn“ Weser-Ems sieht durch den Ratsbeschluss das Verhältnis zu den Nachbarkreisen belastet. „Es ist nicht das erste Mal, dass die Stadt Oldenburg nicht weiß, was sie will und ihre Städtenachbarn ignoriert“, so Vorsitzender Hans-Joachim Zschiesche. „Jetzt müssen härtere Bandagen helfen.“